

I. Welches sind für Sie die wichtigsten Ziele der österreichischen Energiepolitik bis 2030?

SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
<p>Die österreichische Energiepolitik muss auf europäischer Ebene eine nachhaltige Energiepolitik vorantreiben. Beim Strom sind wir – auch durch den großen Anteil an Wasserkraft – schon Spitze, in anderen Bereichen kommen wir gut voran und werden die europäischen Vorgaben erfüllen. Wichtigstes Ziel ist es beim Umbau des Energiesystems auch auf die Aspekte Versorgungssicherheit und Leistbarkeit zu achten, und die entstehenden Kosten leistungsgerecht zu verteilen.</p>	<p>Die klare Ablehnung der Atomkraft für die Energieversorgung unseres Landes erfordert im Umkehrschluss ein ebenso klares Bekenntnis zum Ausbau erneuerbarer Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Forcierung leistungsfähiger Netze! Vorrangiges Ziel ist es, die aktuellen energiepolitischen Umwälzungen erfolgreich zu meistern, und damit die Versorgung der heimischen Unternehmen und Haushalte mit leistbarer Energie sicherzustellen.</p> <p>Sowohl beim Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergiebedarf als auch an der Energieerzeugung stehen wir an der Spitze in Europa. Wir müssen den Weg daher konsequent weitergehen, da und dort aber Adaptiven vornehmen. Immens wichtig für die nächsten fünf Jahre werden die Themen Wettbewerb, Netzausbau und verstärkte Europäische Energiepolitik sein.</p>	<p>Österreich muss im Bereich der Energie die Abhängigkeit zu anderen Staaten senken, die Nutzung erneuerbarer Energieträger ist zu fördern. Österreich hat sich daher auf die Nutzung der bestehenden erneuerbaren Ressourcen im Land zu konzentrieren. Das Verbrennen von Öl und Erdgas hat keine Zukunft und wird in den kommenden Jahrzehnten der Nutzung erneuerbarer Energieträger weichen.</p> <p>Die Nutzung erneuerbarer Primärenergieträger bedeutet auch eine große Herausforderung für die Versorgungsinfrastruktur. Das österreichische Stromversorgungsnetz muss in Blickrichtung auf die großen Schwankungsbreiten etwa beim Windstrom leistungsfähiger gemacht werden. Ohne erhebliche Anstrengungen zugunsten Energieeffizienz werden wir aber unsere Ziele für mehr Unabhängigkeit nicht erreichen können.</p>	<p>Wir brauchen eine Grüne Energie: verantwortungsvoller und sparsamer Umgang mit Energie sowie ein Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir wollen klare und verbindliche Ziele für die Senkung des Energieverbrauchs. Bis 2030 soll es ein noch zu definierendes Zwischenziel auf dem Weg zur Halbierung des Energieverbrauchs bis 2050 geben. Bis 2030 wollen wir 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien erreichen und bei der erneuerbaren Wärme-/Kälte-Versorgung und im Verkehr große Fortschritte erzielen.</p>
BZÖ	KPÖ	Piratenpartei	derWandel
<p>Im Vordergrund einer zukunftsorientierten Energiepolitik steht die Zielsetzung der Erreichung von Energieautarkie auf allen Ebenen. Es ist daher ein Gebot der Stunde, dass Energieautarkie als grundlegende Staatszielbestimmung in der österreichischen Verfassung verankert wird. Wesentliches Ziel einer nachhaltigen Energiepolitik muss es sein, völlige Energieunabhängigkeit für jede Gemeinde und damit alle privaten Haushalte, Gewerbebetriebe etc. zu erreichen.</p> <p>Nachhaltigkeit in der Energiepolitik durch den verstärkten Umstieg auf erneuerbare Energieträger setzt jedoch die entsprechende Infrastruktur voraus. Die Netze in Österreich bzw. in Europa sind am Limit. Daher sind die diesbezüglichen Erfordernisse dringend zu evaluieren. Ein entsprechender Antrag der Oppositionsparteien wurde jedoch im Wirtschaftsausschuss des Nationalrates von SPÖ und ÖVP vertagt.</p> <p>Darüber hinaus fordert das BZÖ weitere Maßnahmen im Sinne der Verstärkung des Wettbewerbs am Energiesektor, wie kürzlich durch die auf Initiative des BZÖ beschlossene Ermöglichung des online Anbieterwechsels ein ent-</p>	<p>Die wesentlichen Schritte in der Energiepolitik müssen der stärkere Einsatz erneuerbarer Energien einerseits und Maßnahmen zum Energiesparen bzw. für einen effizienteren Energieeinsatz andererseits sein. Vor allem ist dabei die Klimapolitik wichtig. Die Kyoto-Ziele müssen unbedingt erreicht werden, wobei die Reduktionsziele von der KPÖ als zu gering kritisiert werden. Über Regulierungen und Gesetze sind kleine Schritte möglich. Die KPÖ ist allerdings der Meinung, dass die Energiekonzerne vollständig zurück in öffentliches Eigentum, damit unter demokratische Kontrolle müssen. Wer Energie verkauft und damit Profite machen will, hat weder Interesse an umfassenden Einsparungsmaßnahmen, noch an sozialen Fragen, wie die Leistungsunterbrechungen gegenüber Haushalten</p>	<p>Es ist Aufgabe des Staates, die Interessen zukünftiger Generationen schon heute zu vertreten, denn eine langfristig lebenswerte Umwelt ist die Grundlage für unsere Gesellschaft. Wir planen über die nächste Legislaturperiode und die eigene Lebenszeit hinaus und versuchen diese Denkweise generell in der Gesellschaft zu verankern. Bis zum Jahr 2020 gilt es, sich zunächst einmal nach dem Kyoto-Protokoll zu richten und die 20-20-20-Ziele einzuhalten. Auch in weiterer Folge ist es nötig, dass Österreich sich zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen, zu einer Steigerung des Anteils</p>	<p>Die bestehende Energiepolitik und -strategie orientiert sich leider nur bis zum Jahr 2020 und an den auf Österreich umgelegten 20/20/20 Zielen. Vor allem der Energiestrategie sind viele lobenswerte Ansätze zu entnehmen, wie der Ausbau und die Modernisierung der Übertragungs- und Verteilungsnetze oder die Gebäude-Sanierungsquote von 3% und deren beschäftigungswirksame Effekte. Leider sind diese meist nur Lippenbekenntnisse und die Ziele werden als „überehrgeizig“ (Zitat Berlakovich, Wirtschaftsblatt) abgestempelt. Energiepolitisch setzt sich derWandel ein für das Ziel, bis 2030 eine 100 prozentige Stromversorgung aus heimischen erneuerbaren Energiequellen zu erreichen. Gesamtgesellschaftlich sieht die überwiegende Mehrheit die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Energiewende als Ergebnis eines langen Diskursprozesses. Sie ist jedoch nicht ohne Energieeffizienz machbar. Eine Studie der EU-Kommission zeigt, dass eine Ausweitung der EU-Klimaziele auf eine 30 prozentige</p>

sprechender Grundstein gelegt wurde. Nur ein ausreichender Wettbewerb kann für sinkende Preise bei Gas und Strom sorgen und damit zu einer Entlastung der Haushalte und einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft führen. Weiters haben Maßnahmen zur Forcierung der Energieeffizienz und der Ausnutzung von Einsparpotentialen höchste Priorität. Ein Schwerpunkt der energiepolitischen Arbeit am Beginn der nächsten Gesetzgebungsperiode wird in diesem Zusammenhang die Umsetzung der EU-Richtlinie betreffend Energieeffizienz darstellen, die leider bis dato nicht möglich war.

in Energiearmut zeigen. Ein zweites Ziel der KPÖ ist, dass alle Haushalte eine Energiegrundsicherung erhalten, und damit Energiearmut wirksam bekämpft wird. Es kann nicht sein, dass in einem reichen Land wie Österreich 200.000 Menschen im Winter die Wohnung nicht warm halten können. Das ökologische und soziale Konzept der KPÖ zur Energiegrundsicherung findet sich im Detail unter www.energiegrundsicherung.at.

an erneuerbaren Energien sowie zum Ausbau von Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz verpflichtet.

Treibhausgasreduktionsverpflichtung Investitionen in Höhe von 0,5 % des europäischen BIPs erfordern würde. Für Österreich würde das bedeuten, dass 1,43 Mrd. Euro pro Jahr an Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz notwendig wären. Allein der Abbau der Hälfte der existierenden umweltschädlicher Subventionen würde 2 Mrd. Euro einbringen, womit immer noch knapp eine halbe Milliarde Euro für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stehen würde.

2. Was verstehen Sie unter Energieeffizienz und welche Bedeutung hat sie für Sie?

SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
<p>Energieeffizienz ist eine der wichtigsten Tätigkeitsfelder zeitgemäßer Energiepolitik. Seit 2009 verfolgen wir in der SPÖ die Zielsetzung eines bundesweit einheitlichen Energieeffizienzgesetzes, das jedenfalls eines der ersten großen Projekte der kommenden Legislaturperiode sein wird. Dabei sehen wir neben ökonomischen und ökologischen Überlegungen vor allem die sozialen Aspekte als ausschlaggebend an. Denn die tendenziell steigenden Energiekosten wird man nur mit vermehrten Anstrengungen in Richtung Energieeffizienz in den Griff bekommen.</p>	<p>Die Steigerung der Energieeffizienz ist DER Schlüssel in der Energiepolitik. Denn die billigste und umweltfreundlichste Energie ist die, die man nicht verbraucht. Hier liegen große, bisher ungenutzte Potenziale zur Einsparung von Ressourcen und damit auch Energiekosten, die für Zukunftsinvestitionen genutzt werden können. Das Thema Energieeffizienz wird gleich im Herbst eine wichtige Rolle spielen, denn eine der ersten Maßnahmen der nächsten Bundesregierung wird die Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie sein. Hier gilt es insbesondere mit geförderten Anreizen, bewusstseinsbildenden Maßnahmen, Energie-Audits und Energieberatungen die österreichischen Ziele zu erreichen.</p>	<p>Der optimale Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen muss uns in allen Bereichen, egal ob bei der Wärme, beim Verkehr oder bei den Wirkungsgraden, Stichwort Repowering, beschäftigen. Viel zu wenig Beachtung findet bisher die Frage der Haustechnik, hier wollen wir neben den thermischen Sanierungsmaßnahmen einen eigenen Förderschwerpunkt setzen.</p>	<p>Energieeffizienz wurde im Rahmen der gescheiterten Verhandlungen zum Energieeffizienzgesetz oft als teure Belastung und unlösbare Aufgabe für Unternehmen und Haushalte präsentiert. Für uns bedeutet Energieeffizienz Innovation, wirtschaftliche Chancen, Entlastung für Haushalte und Unternehmen, qualifizierte Arbeitsplätze, Kampf gegen Energiearmut, weniger Luftschadstoffe und eine unverzichtbare Säule der Energiewende. Auch wenn erneuerbare Energien sauberen und langfristig günstigen Strom liefern, müssen wir sorgsam damit umgehen. Auch viele Erneuerbare wie Wasser, Biomasse oder Windkraft haben ihre Grenzen. Ohne eine effizientere und sparsamere Nutzung können wir den Umstieg auf 100% Erneuerbare Energie nicht schaffen. Energieeffizienz bedeutet, mit so wenig Energie wie möglich die gleiche (Dienst-)leistung durchzuführen. Wenn einzelne Geräte zwar effizienter werden, aber der absolute Energieverbrauch trotzdem immer weiter steigt, ist allerdings noch nichts erreicht. Einer der größten energiepolitischen Herausforderungen ist somit, den gesamten Energieverbrauch langfristig zu senken.</p>
BZÖ	KPÖ	Piratenpartei	derWandel
<p>Energieeffizienz darf nicht nur ein Schlagwort bleiben, sondern soll zum einen ressourcenschonende sowie zum anderen letztlich energieeinsparende Effekte bewirken. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedauerlicher, dass vor dem Sommer die entsprechende gesetzliche Grundlage zur Steigerung der Energieeffizienz aus rein parteipolitischen Kalkül der Beteiligten gescheitert ist.</p>	<p>Energieeffizienz ist ein wichtiger Bestandteil zur Erreichung einer nachhaltigen, ökologischen Energieversorgung. Allein auf technischen Konzepten wie Energiesparmaßnahmen und dem zweifellos notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energie beruhend wird die große Problematik der Energie- und Klimapolitik nicht zu lösen sein. Die Frage der Energieeffizienz muss daher immer mit der Frage nach Möglichkeiten zur Vermeidung von Energieverbrauch und ökologischen Fragestellungen gekoppelt werden. Als Beispiel muss beim Trend zum Verpacken von Häusern in Styroporhüllen unter dem Titel Energieeinsparung auch die Frage nach der Gesamtenergiebilanz des Dämmmaterials in der Produktion und den Entsorgungskosten gestellt werden. Bei der Mobilität muss beispielsweise auch die zunehmende Zersiedelung und dadurch künstlich geschaffener Verkehr zum Thema gemacht werden. In der Produktion wird es wiederum wichtig zu sein, zu fragen: Was wollen wir produzieren, wie und für wen? Beispielsweise kann die Werbeindustrie zwar Recycling-Papier verwenden und versuchen, die Umweltschäden und Energieverbrauch bei der Produktion gering zu halten. Die höchste Einsparung wäre aber offensichtlich das Verzicht auf diese in weiten Teilen irrationalen Produkte.</p>	<p>Energieeffizienz bedeutet, durch möglichst sparsame Nutzung sowie Effizienzsteigerung den Bedarf an Energie in bestehenden sowie entstehenden Gebäuden, im Verkehr und in der Produktion zu minimieren. Verbleibender Bedarf soll so weit es geht aus erneuerbaren Energiequellen sowie möglichst effizient gewonnen werden.</p>	<p>Für derWandel steht Energieeffizienz für den rationalen Einsatz von Energie. Die Effizienz ist der erste Schritt zur Energiewende, da sie die Energiemenge, die durch erneuerbare Quellen bereitzustellen ist, reduziert. In der Praxis wird unter Energieeffizienz auch oft die Suffizienz als dritte Nachhaltigkeitsstrategie subsumiert. Die Einsparung des „Zuviel“ ist ein ebenso wichtiger Teil der Wende. Nachdem derWandel in seiner Vision eine fortschrittliche Gesellschaft, die gerechte Verteilung von Ressourcen (dabei sind wir uns der globalen Verantwortung bewusst) und den nachhaltigen Umgang mit der Umwelt (als Existenzgrundlage der Menschheit) verankert hat, ist für uns die Energieeffizienz eine Pflichtübung. Für dessen Erfüllung sehen wir es als Aufgabe des Staates, die entsprechenden Rahmenbedingungen mit Hilfe der Wirtschaftspolitik und des Steuersystems zu schaffen.</p>

3. In welchen Bereichen sehen Sie den größten Handlungsbedarf (Gebäude, Mobilität, Industrie,...) und was sind jeweils die wichtigsten Maßnahmen?

4. Welche Hindernisse müssten für deren Umsetzung aus Ihrer Sicht beseitigt werden?

SPÖ	ÖVP	Grüne	BZÖ	Piratenpartei
<p>3. Den größten Handlungsbedarf sehe ich im Gebäudebereich, genauer im mehrgeschossigen Wohnbau, denn dort sind auch die bisherigen Initiativen zur thermischen Sanierung nicht oder nur ungenügend angekommen. Bei den künftigen Programmen der Gebäudesanierung müssen in diesem Bereich entsprechende Akzente gesetzt werden. Damit nicht immer mehr Menschen durch steigende Energiekosten in die Schuldenfalle getrieben werden, wollen wir einen staatlichen Fonds auflegen, welcher es Menschen ohne entsprechende Eigenmittel ermöglicht, Energiesparmaßnahmen zu setzen. Der Fonds stellt die nötigen Mittel zur Verfügung. Aus den durchgeführten Energiesparmaßnahmen resultieren Einsparungen. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden für Rückzahlungen verwendet. Damit soll es auch jenen ermöglicht werden, Maßnahmen zu setzen, welche nicht über genug Geld verfügen, um von den bisher üblichen Zuschussmodellen zu profitieren.</p> <p>4. Die erstmalige Finanzierung muss jedenfalls sichergestellt werden, kommt der Fonds einmal ins Laufen, wird er durch die Einsparungserlöse gespeist und die positiven konjunkturellen Effekte entlasten auch das Bundesbudget. Für die Verwirklichung dieses Projektes muss die ÖVP ihre</p>	<p>3. Handlungsbedarf besteht in so gut wie allen Bereichen. Zu den wichtigsten zählt definitiv der Bereich Gebäude, wo wir die Sanierungsquote auf die notwendigen 3 Prozent erhöhen müssen. Mit der Bundesförderung der thermischen Sanierung haben wir bereits eine wichtige Maßnahme gesetzt, die auch in Zukunft weitgeführt werden soll. Jährlich stehen 100 Millionen Euro für die Sanierung von Wohn- und Geschäftsgebäuden zur Verfügung. Davon profitieren Sanierer, Betriebe und Umwelt gleichermaßen.</p> <p>Auch im Verkehrsbereich gibt es eine Reihe sinnvoller Maßnahmen, die gesetzt werden sollen, wie ein Verkehrsträgerübergreifender Masterplan (Straße, Schiene, Luft, Wasser), eine effizientere Beladung bei Transporten sowie die Förderung der Anschaffung schadstoffarmer LKW (EURO 6).</p> <p>Ebenso sollen Potentiale bei Betrieben weiter genutzt werden. Oft sind unsere Unternehmen schon sehr energieeffizient unterwegs, denn das ist ja ein Kostenfaktor. Der KMU-Energieeffizienzcheck ist ein gutes Beispiel für die positive Anreizwirkung von Energieeffizienzmaßnahmen. Diesen Weg gilt es erfolgreich fortzusetzen.</p> <p>4. Entscheidend für die Umsetzung ist ein größtmöglicher Konsens der politischen Akteure. Dieser sollte so breit wie möglich sein. Zudem müssen wir die Menschen</p>	<p>3. Die Sanierungsquote von Gebäuden wollen wir auf mindestens drei Prozent pro Jahr steigern. Das bedeutet, dass ein Haus nach etwa 30-35 Jahren mit effizienteren Technologien und nachhaltigen Baustoffen nachgerüstet wird. Wir setzen auf eine massive Stärkung des öffentlichen Verkehrs, um auch in Zukunft leistbare und saubere Mobilität zu gewährleisten. Für die Industrie wollen wir mit wirkungsvoller Gesetzgebung Anreize setzen, sparsame und zukunftsfähige Produktionsprozesse in Österreich umzusetzen. Unverzichtbar für eine ökologische Wende ist die Abkehr von umweltschädlichen Subvention sowie eine ökologische Finanzreform.</p> <p>4. Eine neue Regierung würde sicher einiges anders machen ... Aber unabhängig davon, wer nach der Wahl regiert, müssen 2014 wirkungsvolle Gesetze für Energieeffizienz beschlossen werden. Bisher sehen Teile der Industrie Energieeffizienz noch immer als Hindernis und nicht als Zukunftschance an. Wenn man die Preisentwicklung für fossile Brennstoffe der letzten Jahre</p>	<p>3. Grundsätzlich ist der diesbezügliche Handlungsbedarf in allen Bereichen gegeben. Eine wichtige Maßnahme gerade im Bereich der Mobilität wäre die Umsetzung von Förderprogrammen für Elektro-Mobilität und eine Forcierung des Umstiegs auf Erdgas. Dieser Antrag wurde jedoch von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Darüber hinaus geht es auch und gerade um Förderungen von Maßnahmen zur thermischen Sanierung, da hier ein enormes Potential für Energieeffizienz und Energieeinsparung schlummert.</p> <p>4. Die größten Hindernisse bei Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie waren, wie die letzten Monate gezeigt haben, die mangelnde Kompromissbereitschaft der politischen Verhandlungspartner, was leider zum Scheitern der</p>	<p>3. Durch Erfindungsreichtum und den intelligenten Einsatz neuer Technologien lassen sich Ressourcen sparen, Abfälle reduzieren und regenerative Energieträger vermehrt und besser nutzen – wir stehen diesen Entwicklungen optimistisch gegenüber. Die Stromproduktion durch Kernspaltung lehnen wir jedoch klar ab, da die enormen Risiken (welche stets auf die Gesamtgesellschaft abgewälzt werden, während Gewinne aus der Energieproduktion den privaten Betreiberfirmen zukommen) und entstehende Folgekosten in keiner Relation zum Nutzen stehen. Um wirtschaftliche Anreize für den Einsatz von erneuerbaren Energieträgern zu garantieren, streben wir Kostenwahrheit an, also die Verrechnung externer Kosten nach dem Verursacherprinzip. Des Weiteren müssen starke Anreize gesetzt werden, um Technologien, die ein Risiko für langfristige Schäden am Klima, der Umwelt und den Menschen bergen, kontinuierlich durch risikoärmere zu ersetzen.</p> <p>4. Das Umsetzen von kurzfristigen wirtschaftlichen</p>

<p>Blockadehaltung gegenüber zinsfreien Darlehen für Effizienzmaßnahmen ablegen und auch eine Ausweitung des Programmes auf den mehrgeschossigen Wohnbau zulassen.</p>	<p>verstärkt „mitnehmen“ – die bessere Einbindung der Energiekonsumenten wird in der Zukunft eine große Herausforderung darstellen. Dass Energiegesetze oft eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordern macht es sicher nicht einfacher, rasch zukunftsweisende Entscheidungen umzusetzen.</p>	<p>kennt, weiß man aber, dass dieser Weg direkt in die Energiearmut führt. Die Ausgaben für Energieimporte haben sich seit 2009 von unter 10 auf über 17 Mrd. Euro im Jahr 2012 fast verdoppelt!</p>	<p>Umsetzung vor dem Sommer 2013 geführt hat.</p>	<p>Interessen von Entscheidungstragenden müssen abgelöst werden durch nachhaltiges, zukunftsorientiertes Wirtschaften.</p>
--	---	--	---	--

KPÖ	FPÖ	derWandel
------------	------------	------------------

<p>3. Bei der Industrie geht es vor allem um die angesprochenen Fragen der Vermeidung unnötiger Produktion. Dazu gehören strikte Maßnahmen gegen die sogenannte geplante Obsoleszenz (absichtliche Reduktion der Lebensdauer von Produkten). Bei der Mobilität ist der öffentliche Personen- und Güterverkehr vor den motorisierten Verkehr zu stellen. Hier gilt es Kostenwahrheit zu schaffen und dabei auch die verursachten externen Kosten (Umweltschäden, Lärm, Luftverschmutzung...) zu berücksichtigen. Bei der Sanierung von Gebäuden braucht es gesetzliche Vorgaben und eine verpflichtende Energieberatung – vor allem auch für großvolumige Wohnbauten - durch die Änderung der Förderbedingungen und der Bauordnung. Über die beiden letzten Maßnahmen kann sofort vorgeschrieben werden, nach welchem Standard und in welchem Bereich (mit Anbindung an den öffentlichen Verkehr) gebaut werden darf. Es</p>	<p>3. und 4. Erstes Ziel ist für uns eine zügige energetische Sanierung des Wohnungsbestandes in Österreich. Dabei hat über die Wohnbauförderung der Gedanke der „umfassenden Sanierung“ von Gebäuden noch stärker in den Vordergrund gerückt zu werden, als das in vielen Bundesländern bisher geschieht. Eine energetische Sanierung des gesamten Althaus- und Altwohnungsbestandes in Österreich würde den Energiebedarf im Land drastisch senken. Diese Sanierung von Häusern und Wohnungen mit hohen Betriebskosten ist ein wesentlicher Schritt zu mehr Unabhängigkeit. Der Sanierungszyklus für den Althausbestand beträgt derzeit 40 bis 60 Jahre. Ziel muss eine Senkung auf 20 Jahre sein. Die Kosten für die Sanierung des gesamten Althaus- und Altwohnungsbestandes in Österreich betragen die stolze Summe von 80 Milliarden Euro. Eine Förderung für die Sanierung des Althaus- und Altwohnungsbestandes in der Höhe von 10% der anrechenbaren Investitionskosten, die unabhängig von der Wohnbauförderung der Länder ausbezahlt wird, würde in einem Zeitraum von 20 Jahren rund 8 Milliarden Euro kosten – im Jahr also durchschnittlich 400 Mio Euro. Gegenzurechnen sind jedenfalls höhere Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und sinkende Ausgaben für Arbeitslosigkeit. Eine organisatorische Abwicklung über die Förderstellen der Bundesländer wäre der sinnvollste Weg und hätte auf Grundlage des Ein-Behörden-Weges zu erfolgen. Im Vordergrund dieser wichtigen Maßnahme steht der soziale Aspekt, da zumeist ältere und ärmere Menschen in Altbauten wohnen. Diese würden durch eine Sanierungs-offensive im Rahmen der Betriebskosten massiv entlastet. Aber auch in der Steuerpolitik gibt es Möglichkeiten, Sanierungen sinnvoll zu unterstützen. Die Kosten für die Wohnraumsanierung sind bisher nur dann mehrjährig als Sonderausgaben absetzbar, wenn die anfallenden Baukosten fremdfinanziert wurden. Es ist daher notwendig, die Investitionen in der Wohnbausanierung auch dann mehrjährig absetzbar zu machen, wenn diese über Eigenkapital finanziert werden. Zudem soll der Höchstbetrag für Sonderausgaben im Bereich der Wohnbausanierung angehoben werden. Im Bereich der Mobilität sehen wir nach wie vor bei Fahrzeugen mit Elektroantrieb ein großes Potenzial zur Verringerung der Umweltbelastung und zur Reduktion der Kosten für Mobilität. Sinkende Wartungskosten und bessere Leistungskennwerte von Elektromotoren werden sich wohl gegenüber den in die Jahre gekommenen Verbrennungsmotoren durchsetzen. Derzeit fehlt aber</p>	<p>3. Es wird immer deutlicher, dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem, das rein auf Konsum und Wachstum ausgerichtet ist, nicht mehr für Nachhaltigkeit und langfristiges Denken sorgen kann. Genauso wie in der Wirtschaftspolitik, stehen wir heute aber auch in der Umweltpolitik vor großen Herausforderungen. Die Klimakrise und der Raubbau an unserer Natur bringen unseren Planeten an die Grenzen seiner Belastbarkeit. Die Ursachen dafür sind unzertrennlich mit unserem Wirtschaftssystem verknüpft. Gemeinsam betrachtet birgt diese enge Verflechtung von Wirtschaft und Umwelt aber auch ein enormes Potential für eine nachhaltige und stabile Wirtschaftsentwicklung in sich. Der Grüne Wandel steht für eine Neuausrichtung der österreichischen Wirtschafts- und Umweltpolitik mit Fokus auf eine erneuerbare Energieversorgung, Energieeffizienz und faire Lastenverteilung. Diese richtungweisende Verbindung von Umwelt- und Wirtschaftspolitik wird für stabile Wirtschaftsentwicklung sorgen, Arbeitsplätze schaffen, Österreichs Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen stärken und unseren Lebensraum nachhaltig schützen. Wir von derWandel sehen daher für die Politik einen Handlungsbedarf in den Bereichen Gebäude und Verkehr. Vor allem die Sanierung des Gebäudebestands (2 Mio. Gebäude) birgt enorme Einsparungspotentiale, sowohl wärme- als auch stromseitig, von über 50%. Jedoch sind die Amortisationszeiten vor allem bei der Wärmedämmung sehr lange (McKinsey Global Institute: Resource Revolution), sodass die Sanierungsquote weit unter den erwünschten 3 % liegt. Außerdem ist von der Politik der Verkehr mit in die Energieeffizienz-Gesetzgebung zu integrieren, da dieser für 33 % des Endenergieverbrauchs verantwortlich ist und zusätzlich noch die größten Zuwachsraten hat (Umweltbundesamt). Dabei ist es für uns wichtig gesamtheitlich zu denken und nicht nur den effizienten Antrieb zu thematisieren und weiter zu erforschen, sondern auch die Wahl der Verkehrsmittel zu hinterfragen. Als Maßnahmen sollte der Staat durch Integration der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) in das Energieeffizienzgesetz (EnEffiG) mit</p>
--	---	--

muss bekannt gemacht werden, auch über kreative Wege (Wettbewerbe etc.), dass derzeit sehr gute Förderungen für thermische Sanierung ausgeschrieben sind. Die jährliche Sanierungsrate von 3 Prozent für Nachkriegsbauten soll erreicht werden.

4. In den Fragen von Mobilität und Industrie wird es einen grundlegenden Wechsel der politischen Kräfteverhältnisse brauchen. Einflussreiche Lobbies stehen hier den Herausforderungen entgegen, die eine ökologische, nachhaltige und soziale Energiepolitik stellen. Der Handel mit Verschmutzungs- und anderen Zertifikaten ermöglicht zudem der herrschenden Politik, sich vor unangenehmen aber notwendigen Maßnahmen zu drücken und wird von der KPÖ abgelehnt.

vielfach die notwendige Infrastruktur, um diese Fahrzeuge zu laden. Die Frage der Entwicklung kostengünstiger und leistungsfähiger Batterien, die zudem schnellladefähig sind, dürfte sich in der Zwischenzeit geklärt haben. Vor allem im Normungswesen wird es daher notwendig sein, die notwendigen Maßnahmen staatsübergreifend zu planen. Die BRD hat in diesem Bereich bereits wichtige Schritte gesetzt. Österreich ist daher gut beraten, mit der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer Strategiekonferenz zur Nutzung von Elektromobilität eng zusammenzuarbeiten.

Österreich hat zudem die Aufgabe, vor allem in den Ballungsräumen und bei den Strecken zwischen Ballungsräumen den Verkehr stärker auf die Schiene zu verlagern. Strecken bis 400 Kilometer Entfernung und teilweise darüber sind mit modernen Zügen, die beim Energieverbrauch, bei den Gesamtkosten, der Sicherheit und in der Ökobilanz viel besser abschneiden, in kürzerer Zeit zu absolvieren als mit dem Flugzeug. Die Benachteiligung des Schienenverkehrs gegenüber der Straße bei Investitionen ist umzukehren, damit der Rückstand der Schiene bei Komfort und Intervallen aufgeholt werden kann.

Kraftfahrzeuge, die weniger Treibstoff verbrauchen, sind steuerlich deutlich zu entlasten. Gemäß § 5 Abs 1 Z 3 Versicherungssteuergesetz 1953 ist bei Versicherungsverträgen, die gemäß § 59 Kraftfahrzeuggesetz 1967 abgeschlossen werden, bei allen Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Krafträdern die Motorleistung in Kilowatt Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Versicherungssteuer. Da der Energieverbrauch im österreichischen Straßenverkehr ungebrochen hoch ist, müssen für Autofahrer echte Anreize geschaffen werden, auf verbrauchsarme Fahrzeuge umzusteigen. Dem steht die Berechnung der Versicherungssteuer aufgrund der Motorleistung entgegen, da für Kraftfahrzeuge, die zwar leistungsschwach sind, aber trotzdem große Mengen an Kraftstoff verbrauchen, geringere Abgaben zu entrichten sind, als für leistungsstärkere Fahrzeuge, die einen geringen Verbrauch aufweisen. Um diesen Missstand zu beseitigen, soll für die Berechnung der Versicherungssteuer für Kraftfahrzeuge künftig nicht mehr die Motorleistung, sondern der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch als Bemessungsgrundlage herangezogen werden.

Im Bereich der Wirtschaft ist Österreich in einigen Gebieten der Erneuerbaren Energie und der Energieeffizienz an vorderster Stelle vertreten: Österreichische Firmen erfreuen sich bei Biomassekesseln, solarthermischen Anlagen, Photovoltaikanlagen und Wasserkraftwerken international eines sehr guten Rufs. Dementsprechend hoch sind auch die Exportquoten heimischer Unternehmen in diesem Sektor. Sehr wichtig ist es, diesen hohen Standard österreichischer Firmen zu bewahren. Nur wer heute genügend Kapital in Forschung und Entwicklung steckt, hat eine Chance, morgen über marktaugliche Produkte zu verfügen. Deshalb setzen wir uns für einen Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag ein. Die dafür verwendeten Mittel sollen für Forschung und Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energie und der Energieeffizienz in Österreich eingesetzt werden.

gutem Beispiel bei der Gebäudesanierung vorgehen und somit den Markt ankurbeln. Zusätzlich steht der Wandel für die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen wie der Pendlerpauschale und für das Testen von Verkehrskonzepten wie dem „TransMilenio“ in Bogota.

Seitens der Unternehmer sieht der Wandel den Handlungsbedarf nach neuen Dienstleistungen für KMU, die sich keine eigenen Energiebeauftragten leisten können und für Unternehmen, die kein Kapital zum Investieren haben. Außerdem besteht nach unseren Beobachtungen ein großes Innovationspotential in der Standardisierung von Gebäudedämmungseinheiten und dem damit reduzierbaren Arbeitsaufwand. Hier stellt der Wandel den Unternehmergeist in den Vordergrund und sorgt nur für die Rahmenbedingungen, damit Innovationen florieren können.

4. Im jetzigen auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftssystem erheben die Energieversorger gegen das EnEffiG berechtigt den Einwand fallender Umsätze und stemmen sich durch ihre Macht und Lobby noch gegen die unausweichliche Veränderung. Aber aus Trägheit das eigene Geschäftsmodell nicht zu überdenken (3 „I“s des Scheiterns: ideology, ignorance, inertia) laufen sie Gefahr, im Verdrängungswettbewerb unter zu gehen. Wie etwa Dänemark vorzeigt, kann durch das Anbieten von Energie-Dienstleistungen der Umsatzrückgang mehr als ausgeglichen werden.

Letztendlich ist es nebensächlich, wo wie viel eingespart werden wird, Hauptsache, es wird eingespart. In diesem Zusammenhang sehen wir von der Wandel das „Freikaufen“ aus den Einsparungsverpflichtungen nicht nur aus ethischen Gesichtspunkten kritisch. Erstens trägt dieses nichts zur Abmilderung des Klimawandels bei und zweitens ist es nur eine Möglichkeit zur Abgabe der Verantwortung. Da wir uns von der Wandel aber eine solidarische und gerechte Gesellschaft wünschen, liegt es nur nahe, eine faire Lastenverteilung mit allen Anspruchsgruppen (Industrie, weitere Unternehmer, Haushalte, Landwirte, Staat) nach dem Einsparungspotential und dem Anteil am Primärenergieverbrauch am runden Tisch auszuverhandeln. Gegenseitige Absicherungen sollen dabei die Zielerreichung garantieren.

Allgemein sollen sich der Umgang miteinander und das eigene Handeln am Gemeinwohl orientieren. Das kann der Staat zum Beispiel als Mehrheitseigentümer des Verbunds leicht initiieren.

5. Was würden Sie als wichtigste Maßnahme in das Energieeffizienzgesetz aufnehmen?

SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
<p>Die wichtigste Maßnahme ist schon im Entwurf des Energieeffizienzgesetzes enthalten, nämlich die Verpflichtung der Energiehändler jährlich durch gesetzte Maßnahmen Energieeinsparungen bei den Endkunden zu bewirken. Dieses Modell stellt sicher, dass alle Energieträger erfasst werden und lässt den nötigen Spielraum die jeweils effektivsten Maßnahmen zu setzen.</p>	<p>Wichtig sind uns die Anreize und dass wir es schaffen Bewusstsein für Energieverbrauch zu schaffen! Denn jeder weiß, was ein Liter Benzin kostet – wer aber weiß, wie viel eine Kilowattstunde kostet? Es gibt viele Potentiale, die wir durch Anreizsysteme heben können, auch der Gebäudebereich bietet viel Potential.</p>	<p>Ich muss offen zugeben, dass ich vom Energieeffizienzgesetz in der derzeit vorliegenden Form recht wenig halte. Wenn Sie mich auf die wesentlichste Maßnahme reduzieren, dann wäre das eine notwendige Neutralität bei der Berücksichtigung der Primärenergieträger, um nicht ausgerechnet für Erneuerbare neue Beschränkungen zu erfinden.</p>	<p>Der Verkehrssektor darf nicht ausgeblendet werden, denn dort liegt ein großes Einsparpotential. Zudem müssen wir langfristige Ziele im Blick haben, um zu erkennen, welcher Weg noch vor uns liegt. Der Endenergieverbrauch soll im Jahr 2020 höchstens 1.000 bis 1.100 Petajoule betragen, so wie es auch in der Energiestrategie der Bundesregierung (unverbindlich) vorgeschlagen wurde und auch nach Brüssel gemeldet wurde.</p>
BZÖ	KPÖ	Piratenpartei	derWandel
<p>Im Vordergrund des Energieeffizienzgesetzes muss ein Maßnahmenpaket stehen, das auf realistischen Zielvorgaben beruht und geeignet ist, ein Maximum an Einspareffekten zu erzielen, die längerfristig die entstehenden Kosten übersteigen.</p>	<p>Ökologische und soziale Fragen gehören aus Sicht der KPÖ immer zusammen. Es ist zu befürchten, dass auf die sozialen Fragen im Energieeffizienzgesetz völlig vergessen wird. Unbedingt müssen daher Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut aufgenommen werden – so könnten Energieversorger verpflichtet werden, dass ein fixer Anteil der vorzuschreibenden Einsparungsziele Haushalten in Energiearmut zu Gute kommt.</p> <p>200.000 Menschen in Österreich können ihren Haushalt im Winter nicht warm halten, Energiearmut wird immer brisanter. Die KPÖ fordert die Einführung einer Energiegrundsicherung. Dieses Konzept der KPÖ sieht vor, den Grundbedarf an Energie kostenlos zu gewähren, die Preise des darüber hinaus gehenden Energieverbrauchs jedoch progressiv zu gestalten, um zum Energiesparen anzuregen.</p>	<p>Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger auch in diesem Bereich halten wir für essenziell. Gerade was das Energieeffizienzgesetz betrifft, wurde schon mehrfach eine Entscheidung vertagt, weil die bestehenden Analogparteien sich nicht einigen konnten oder wollten; durch direkt-demokratische Mittel könnte etwa in einer Volksabstimmung hier trotzdem ein umfassendes Energieeffizienzgesetz beschlossen werden.</p>	<p>Ökologisierung des Steuer- und Subventionssystems: Bei der Ökologisierung des Steuer- und Subventionssystems gilt es in erster Linie, den Fokus auf drei Problembereiche zu legen: Industrie, Verkehr und Boden. Durch eine Abschaffung der steuerlichen Begünstigungen für Dienstwagen, eine Ökologisierung des Kilometergeldes, die Angleichung des Steuersatzes von Diesel auf Benzin, die Aufhebung der Steuerprivilegien der Luftfahrt und die Abschaffung der Energieabgabevergütung für energieintensive Industrien könnten erste sinnvolle Maßnahmen gesetzt werden (erwartete Einkünfte laut Studien des Umweltdachverbandes ca. 3 Mrd. €).</p>

6. Was erwarten Sie sich von den Energiedienstleistern und von der DECA als ihrer Plattform und Stimme für Energieeffizienz?

SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	Piraten	derWandel
<p>Von den Energiedienstleistern erwarte ich Innovation und Engagement im Sinne ihrer Kundinnen und Kunden.</p>	<p>Den Energiedienstleistern und der DECA kommen bei der Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie bzw. der Steigerung der Energieeffizienz in Österreich eine bedeutsame Rolle zu. Hochqualitative Energiedienstleistungen und Energie-Contracting werden ein wichtiger Baustein zur Zielerreichung sein. Ich freue mich sehr, dass mit der DECA ein kompetenter Ansprechpartner für Fragen der Energieeffizienz in Gebäuden zur Verfügung steht.</p>	<p>Zur Durchsetzung der notwendigen Maßnahmen wird auch in der neuen Legislaturperiode vor allem Beharrlichkeit notwendig sein. Und genau diese wünsche ich mir. Die bisherigen Regierungsparteien vertreten in hohem Maße die ihnen "zugeordneten" Unternehmen wie etwa die OMV, die beispielsweise als SPÖ-nahe gilt (wohl nicht ganz zu Unrecht). Gleichzeitig finden sich in den Vorständen der bisherigen Regierungsparteien auch einige Landeshauptleute, die nicht ganz uneigennützig, machtpolitische Interessen vertreten, die in einigen Bereichen eine echte Energiewende in Österreich behindern. Auch Spekulationen mit Wohnbauförderungsmitteln stehen den notwendigen Investitionen klar entgegen.</p>	<p>Wir schätzen Ihre Expertise und Ihre Arbeit sehr. Daher hoffen wir auf Ihre Unterstützung bei den Verhandlungen zu wirkungsvollen Energieeffizienz-Gesetzen im nächsten Jahr und wünschen uns eine gute Zusammenarbeit!</p>	<p>Den Energiedienstleistern und dabei insbesondere der DECA kommen eine herausragende Bedeutung als Schnittstelle, Meinungsbildner, Berater etc. im Bereich der Energieeffizienz zu.</p>	<p>Die Piratenpartei Österreichs fordert mehr Transparenz in der Energiewirtschaft. Wir befürworten die geplante Herkunftszertifizierung ab 2015. Die Endverbraucher haben das Recht zu erfahren, woher die Anbieter ihren Strom beziehen. Außerdem fordern wir eine klare Auszeichnung von Effizienzvergleichsklassen für alle Gebrauchsgüter.</p>	<p>Die DECA kann als Multiplikator für die Verbreitung von Best-Practice-Beispielen im Bereich der Energieeffizienz dienen. Zum Beispiel durch einen Contracting Leitfaden, der für Anwender und für Finanziers die Vorteile (risikoarme Investition) hervorhebt.</p> <p>Weiters kann die DECA durch Studien zum Einsparungspotential einen wichtigen Beitrag in der politischen Diskussion liefern und dabei auch die Attraktivität dieser Dienstleistungen erhöhen.</p>

KPÖ: k.A.